

Infoletter der Nationalratsabgeordneten

*Mag^a Christine Muttonen
09/2011 (II)*



PARLAMENTSMAIL

Liebe FreundInnen!

Nach zwei Tagen intensiver Beratungen in der Klubklausur, auf der wir den politischen Fahrplan für diesen Herbst festgelegt haben, folgte am Mittwoch die 118. Sitzung des Nationalrats.

Themen waren dieses Mal u.a. die Situation an den österreichischen Universitäten, die jüngsten Korruptionsvorwürfe gegen ehemalige Regierungsmitglieder aus der Zeit von Schwarz-Blau/Orange, der Euro-Schutzschirm sowie die Anpassung unserer Geschäftsordnung an die wachsenden europapolitischen Aufgaben des Nationalrats.

Wie immer gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



Plenum 21.9.2011

FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Der Nationalrat trat am Mittwoch, 21. September, zu einer Plenarsitzung zusammen. Aktuelle Themen wie die Situation an den österreichischen Universitäten, die jüngsten Korruptionsvorwürfe gegen ehemalige Regierungsmitglieder aus der Zeit von Schwarz-Blau/Orange und der Euro-Schutzschirm dominierten dabei die Diskussion. Beschlossen wurde ein neues Pünzierungsgesetz und Investitionsschutzabkommen.

Der Mittwoch startete mit einer **Aktuellen Stunde** zum Thema „**Qualität und Leistung für die österreichischen Universitäten und Hochschulen**“. SPÖ-Wissenschaftssprecherin **Andrea Kuntzl** erteilte einmal mehr **Studiengebühren** eine **Absage**. Studiengebühren als eine **neue Form der Bildungssteuer** würden vor allem mittelständische Familien hart treffen. Positiv beurteilte Kuntzl die Bemühungen von Wissenschaftsminister Töchterle um **mehr Mittel für die Universitäten** und den Erhalt der **Vielfalt des Studienangebots**.

Die folgende **Aktuelle Europastunde** zur „**Korruptionsbekämpfung in der EU**“ wurde genutzt, um vor allem über die jüngsten Vorkommnisse in Österreich zu diskutieren. SPÖ-Klubobmann **Josef Cap** bezeichnete Korruption als ein europaweites Phänomen, das auch auf europäischer Ebene bekämpft werden muss. Angesichts der schweren Korruptionsvorwürfe gegenüber ehemaligen Regierungsmitgliedern unter Schwarz-Blau/Orange müssen nun **rasch nationalstaatlich neue Regelungen** im Sinne von **Transparenz, Sauberkeit und Offenheit** beschlossen werden. Dazu zählen **neue Unvereinbarkeitsregelungen**, die **Meldepflicht** für Abgeordnete analog dem deutschen Modell und u.a. eine **Verschärfung der Anti-Korruptionsbestimmungen**, aber auch die Umsetzung eines neuen **Medientransparenzgesetzes**. SPÖ-Bundesgeschäftsführer **Günther Kräuter** kritisierte, dass aufgrund der aktuellen Skandale um Mensdorff-Pouilly, Grasser, Scheuch und Strasser Österreich im internationalen Korruptionsranking zurückgefallen ist. Er verwies auf die Bemühungen der SPÖ für **mehr Transparenz bei Parteispenden**. In Zukunft sollen

P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Spenden über 7.000 Euro über das Parlament und den Rechnungshof **veröffentlicht** werden.

Am Nachmittag wurde im Rahmen einer **Dringlichen Anfrage** des BZÖ über den **Euroschutzschirm** und die **Griechenlandhilfe** diskutiert. SPÖ-Wirtschaftssprecher **Christoph Matznetter** warnte angesichts des Ausmaßes der wirtschaftlichen Verflechtungen vor einem **Domino-Effekt** und vor **unvorhersehbaren Folgen** im Fall einer Griechenland-Pleite. Derzeit kann niemand vorhersagen, welche Staaten ebenfalls in massive Schwierigkeiten geraten würden. Auch die Europa- und außenpolitische Sprecherin **Christine Muttonen** betonte, dass der **Euro-Schutzschirm** in unserem **eigenen Interesse** ist. Wer den Euro schwächen oder aufgeben will, riskiert die Arbeitsplätze der Österreicherinnen und Österreicher. Unsere Zukunft und unser Wohlstand sind eng mit der EU verknüpft. Das WIFO hat errechnet, dass allein durch den Euro jährlich **20.000 Arbeitsplätze in Österreich** geschaffen werden und der Wohlstand jährlich um 2,5 Mrd. Euro steigt. Von den politischen Entscheidungsträgern wird daher zu Recht erwartet, dass sie eine **stabilisierende und verantwortungsvolle Politik** betreiben. Dazu zählt auch, dass **Griechenland** wieder eine **wirtschaftliche Perspektive** erhält.

In den Abendstunden wurde ein Antrag der Oppositionsparteien zur Einsetzung eines **Untersuchungsausschusses** zu den Korruptionsvorwürfen diskutiert, der keine Zustimmung bei den Regierungsfractionen fand, da diese in der nächsten Woche den Oppositionsparteien einen gemeinsamen Vorschlag für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vorlegen werden.

Beschlüsse vom Mittwoch, 21.09.11

Kompetenzzentrum Punzierungskontrolle geschaffen – Novelle Punzierungsgesetz ([1400 d.B.](#))

Das Punzierungsgesetz aus dem Jahr 2000 regelt die Punzierung und Kontrolle von Edelmetallgegenständen. Lag die Punzierungskontrolle bisher beim Bundesministerium für Finanzen, so soll sie zukünftig dem Zollamt Wien obliegen. Ebendort soll ein Kompetenzzentrum Punzierungskontrolle eingerichtet werden. Gleichzeitig wird auch der Instanzenzug geändert, erste Instanz ist das Zollamt Wien, zweite und letzte Instanz der Unabhängige Verwaltungssenat Wien (UVS).

Weitere **Materien aus dem Finanzausschuss** standen zur Beschlussfassung auf der Tagesordnung: Das **Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich** wurde an die neuen OECD-Standards zur steuerlichen Transparenz und Amtshilfebereitschaft angepasst ([1401 d.B.](#)). Mit der Re-

publik **Kosovo** ([1402 d.B.](#)), **Kasachstan** ([1403 d.B.](#)) und **Tadschikistan** ([1404 d.B.](#)) wurden **Investitionsschutzabkommen** abgeschlossen.

In einer **Ersten Lesung** wurden **die neuen Immunitätsbestimmungen für Abgeordnete** diskutiert. Kernpunkt der Novelle der Geschäftsordnung ([1618/A](#)) ist die **Abschaffung der außerberuflichen Immunität für Abgeordnete**. Im Gegenzug soll die **sachliche Immunität** so **erweitert** werden, dass Abgeordnete auch außerhalb des Nationalrates über ihre Aktivitäten im Nationalrat berichten können. Derzeit steht noch zur Diskussion, ob eine Einschränkung bei Verleumdung und Kreditschädigung vorgesehen werden soll. Ebenfalls Gegenstand einer **Ersten Lesung** waren die Anpassungen der Geschäftsordnung an die Lissabon-Begleitnovelle und das EU-Informationsgesetz ([1657/A](#)).

Auf Vorschlag des **Immunitätsausschusses** wurden die Abgeordneten **Werner Königshofer** ([1397 d.B.](#)), ([1398 d.B.](#)) und **Herbert Scheibner** ([1407 d.B.](#)) zur behördlichen Verfolgung ausgeliefert.

Behandelte Berichte

Viele Maßnahmen umgesetzt – Jugendstrategie gefordert – Bericht zur Lage der Jugend in Österreich ([III-248/1269 d.B.](#))

Der mehr als 600 Seiten umfassende „Sechste Bericht zur Lage der Jugend in Österreich“ beinhaltet eine Sammlung und Analyse von Daten, Fakten und Befunden zur Lebenssituation von Jugendlichen in Österreich. Er besteht zum einen aus Expertisen der Wissenschaft und zum anderen beschreiben Praktikerinnen und Praktiker die Situation der Jugendarbeit in Österreich und erläutern die Chancen und Entwicklungsperspektiven, die sich dadurch für junge Menschen ergeben. Jugendpolitik wird als Querschnittsmaterie verstanden, was sich in den vielfältigen Beiträgen zu unterschiedlichen Themen widerspiegelt. Jugendarbeit, Jugendförderung und Jugendwohlfahrt werden ebenso dargestellt, wie Familien-, Bildungs-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik. Der Bericht zeigt auch in vielen Bereichen Problemfelder auf, wobei unter anderem auf den Übergang zwischen Ausbildung und Beruf, die zunehmende Verschuldung junger Menschen, sowie auf mangelndes Wissen über die eigene Sexualität hingewiesen wird. Gefordert ist nun eine aktive Jugendstrategie, die politische Schlüsse aus dem Bericht zieht.

Volksanwaltschaft wichtiger und kompetenter Ansprechpartner – 34. Bericht der Volksanwaltschaft ([III-214/1317 d.B.](#))

Die Volksanwaltschaft ist ein wichtiger und kompetenter Ansprechpartner im Erkennen von möglichen Gesetzeslücken und für legislative Anregun-

gen. Der 34. Bericht der Volksanwaltschaft stellt die Tätigkeiten und Wahrnehmungen der Volksanwaltschaft von 1. Jänner bis 31. Dezember 2010 dar und bildet die Kontroll- und Leistungsbilanz der Volksanwaltschaft im Bundesbereich ab. Er enthält die wichtigsten Kennzahlen der Prüftätigkeit sowie Aktivitäten auf europäischer und internationaler Ebene und präsentiert beeindruckende Zahlen: 7.600 Personen sind in telefonischen Gesprächen auf offene Ohren gestoßen, 15.000 Menschen haben an die Volksanwaltschaft geschrieben, es gab 273 Sprechtage und 1.800 Vorsprachen.

Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen ([1277 d.B.](#))

Der Sammelbericht skizziert den aktuellen Stand der BürgerInnenanliegen im Nationalrat und umfasst 6 Petitionen und 2 Bürgerinitiativen. So etwa die Petition Nr. 54 zu den Bundesforsten, deren UnterstützerInnen sich gegen den Ausverkauf von Wäldern, Wiesen und Wasser aussprechen. Auch wird gefordert, dass strategische Wasserreserven in Österreich gesichert werden sollen. Die Petition wurde dem Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft zugewiesen und wird dort behandelt.

Parlamentsreden vom 21.9.2011

Redebeitrag zur Dringlichen Anfrage der BZÖ zum Euroschuttschirm

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Herr Staatssekretär! Meine Damen und Herren! Herr Westenthaler, Sie erinnern sich: ohne Haftung von übergeordneten Institutionen wäre Kärnten insolvent. Sie erinnern sich an die Haftungen von bis zu 22 Milliarden €. Warum? – weil Sie und Ihr Ziehvater vom BZÖ-Neu und BZÖ-Alt und FPÖ, und ich zitiere: „die Hochstapler-Projekte und Wahlgeschenke“ finanziert haben. Also so viel zur Wirtschaftskompetenz. *(Abg. Dr. Strutz: Nestbeschmutzer!)*

Meine Damen und Herren, die Situation in der Eurozone ist zweifellos ernst. Auf dem Spiel steht ja nicht nur die Zukunft Griechenlands, sondern auch jene des Euro und der Europäischen Union insgesamt; und wir dürfen auch nicht vergessen, wie sehr unsere eigene Zukunft und auch unser Wohlstand von unserer Mitgliedschaft in der EU abhängt. Das WIFO hat errechnet – das haben wir hier auch schon diskutiert –, dass alleine

durch den Euro jährlich 20 000 Arbeitsplätze geschaffen werden und der Wohlstand um zusätzliche 2,5 Milliarden € steigt.

Wer also den Euro aufgeben will, wer ihn schwächen will, der riskiert Arbeitsplätze der Österreicher und Österreicherinnen. Von den politischen Entscheidungsträgern wird daher durchaus mit Recht erwartet, dass sie eine stabilisierende und auch eine verantwortungsvolle Politik betreiben. Dazu gehört auch – und das möchte ich hier schon besonders betonen, weil das immer wieder angeklungen ist –, dass Griechenland wieder eine wirtschaftliche Perspektive bekommen muss, dass es wieder Wachstum geben muss und das Land nicht nur kaputt gespart wird.

Zu einer verantwortungsvollen Politik gehört aber auch, die Menschen nicht zu verunsichern. Schauen wir uns einmal die Zahlen an: Österreich hat bislang insgesamt 1,38 Milliarden € an Krediten für Griechenland geleistet. Damit haben wir den Griechen Zeit verschafft, die notwendigen Reformen durchzuführen – und da wird ja sehr genau hingeschaut. Das Ganze findet mit einer Laufzeit von 7,5 Jahren und einem Zinssatz von 4 Prozent statt. Soweit also die Fakten der bisherigen Griechenlandhilfe. *(Zwischenruf bei der FPÖ.)*

Die nächste Tranche der Kredite an Griechenland soll nach Möglichkeit bereits über den Euro-Schutzschirm ausgezahlt werden. Das wird unser Risiko weiter senken, und – um wieder zu den Fakten zurückzukehren – garantiert sind derzeit 2,7 Milliarden €. Dass wir die bilaterale Hilfe für Griechenland beenden und die weiteren Hilfen, wie bei Irland und Portugal, über den Schutzschirm abwickeln, ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Das beweist uns ja auch die Situation in Irland und in Portugal. Da hat dieser Schutzschirm sehr gute Arbeit geleistet, und diese Länder sind auf dem besten Weg, wieder auf die Hilfe der anderen Euro-Länder verzichten zu können.

Es ist daher schlichtweg eine Irreführung und Verunsicherung der Bevölkerung, wenn Sie alles in einen Topf werfen, egal ob es Kredite sind, ob das Garantien sind oder ob es sich um Rufkapital handelt. Sie errechnen aberwitzige Summen, die nichts mehr mit der Realität zu tun haben. Und ich wiederhole: bisher 1,38 Milliarden € an Griechenland, verzinst wohl-gemerkt, und 2,7 Milliarden € an Garantien. Sie nennen Summen, die einfach nicht der Wahrheit entsprechen.

Worauf ich aber eingehen möchte, ist, was Herr Professor Van der Bellen gesagt hat. Es stimmt, bei der Frage der Umsetzung des ESM besteht durchaus noch Diskussionsbedarf darüber, wie diese Mechanismen genau ausschauen werden.

Die Strategie der Verunsicherung ist aber nicht nur bei den Zahlen, bei BZÖ und FPÖ zu finden, sondern das betrifft auch die Frage der Einbin-

derung der Bevölkerung, wo Sie hier behaupten, der Vertrag von Lissabon werde geändert. Also erstens wird der Vertrag nicht geändert, das ist schon die erste Täuschung, und zweitens behaupten Sie, es würden weitreichende Kompetenzen abgegeben.

Ich lese Ihnen kurz vor, was dort tatsächlich steht – ich zitiere: „Die Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, können einen Stabilitätsmechanismus einrichten, der aktiviert wird, wenn dies unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebietes insgesamt zu wahren. Die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen des Mechanismus wird strengen Auflagen unterliegen.“

Das ist alles, das sind diese beiden Sätze, in denen in Wirklichkeit nur steht, dass wir weiterhin tun dürfen, was vorher schon erlaubt war. Bleiben Sie also bei den Fakten! Der Euro-Schutzschirm ist in unserem eigenen Interesse. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Rede zur Anpassungen der Geschäftsordnung an die Lissabon-Begleitnovelle und das EU-Informationsgesetz

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Die Bedeutung der europäischen Politik hat in den vergangenen Jahren in großem Umfang zugenommen. Immer mehr Themen werden heute auf europäischer Ebene bearbeitet, weil sie einfach national nicht ausreichend zu lösen sind.

Wie umfangreich die Politik auf europäischer Ebene geworden ist, können wir schon allein an der stark angestiegenen Anzahl der EU-Unterausschüsse sehen. Aber auch im Plenum steht fast immer wenigstens ein europäisches Thema direkt oder indirekt auf der Tagesordnung. Am eindrucksvollsten ist allerdings, dass dem Parlament pro Jahr mittlerweile rund 20 000 Dokumente übermittelt werden, was eine enorme administrative Aufgabe und Herausforderung darstellt.

Das heißt, das bisherige Geschäftsordnungsgesetz ist auf diese Intensität und Qualität der EU-Politik nicht ausgelegt. Deshalb wollen wir mit den vorgeschlagenen Neuerungen der Geschäftsordnung des Nationalrates die europapolitischen Instrumente des Nationalrates umfassend erweitern und an die heutigen und zukünftigen europäischen Herausforderungen anpassen.

Der Nationalrat wird durch das erneuerte Geschäftsordnungsgesetz und das ebenfalls demnächst zur Abstimmung stehende EU-Informationsgesetz in seiner EU-Politik handlungs- und gestaltungsfähig-

ger, weil er umfassender, schneller und effizienter jene Information erhält, die er für seine Arbeit benötigt. So wird etwa auf die digitale Übermittlung der Dokumente umgestellt, automatisch und in Echtzeit.

Durch die neue EU-Datenbank, die in der Parlamentsdirektion aufgebaut wird, erübrigt sich auch jede manuelle Bearbeitung, was eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung und auch -reduktion bedeutet.

Die Novelle wird außerdem den Handlungsspielraum des Nationalrates erweitern. Es werden genaue Regeln für den Fall einer Subsidiaritätsklage oder eines Antrags zur Ablehnung gewisser EU-Initiativen festgelegt.

Außerdem erleichtern wir mit dieser Novelle die Einberufung des EU-Hauptausschusses und auch des EU-Unterausschusses, um schneller reagieren zu können.

Weiters erhöhen wir die Transparenz und die demokratische Kontrolle EU-politischer Entscheidungen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Einführung der schriftlichen Information durch die jeweiligen MinisterInnen hinweisen, also eine erweiterte Informationspflicht der Ministerien gegenüber dem Parlament, auf das Instrument der Dokumentationsanfrage, auf die Möglichkeit zur Abhaltung einer Enquete zu EU-Angelegenheiten, auf die Möglichkeit einer Aussprache in allen Ausschüssen über aktuelle bereichsbezogene EU-Fragen.

Ein weiterer Punkt, der auch sehr wichtig ist – die EU-Politik geht freilich über das Parlament hinaus –: Es ist auch unsere Aufgabe, die Transparenz europäischer Politik in der Öffentlichkeit zu erhöhen. So wird die neue EU-Datenbank des Parlaments so weit als möglich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Durch all diese neuen Maßnahmen machen wir einen großen Schritt bei der Qualität der Beratung von EU-Vorhaben hier im Haus, auf die wir durchaus stolz sein können. Ich darf daher alle Fraktionen ersuchen, sich im weiteren Beratungsprozess in diesem Sinne konstruktiv einzubringen. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Pressemeldungen & Veranstaltungen:

[Nationalrat - Muttonen : Wer Euro schwächen will, riskiert Arbeitsplätze in Österreich \(21.9.2011\)](#)

Zeitungsinterview zum Anliegen Palästinas auf staatliche Anerkennung durch die Vereinten Nationen

Kreiskys Erbe und die Suche nach einer Linie

Bundespräsident Fischer, Kanzler Faymann und Außenminister Spindelegger auf dem Weg zur UNO-Generalversammlung.

Von Michael Sprenger (Tiroler Tageszeitung, Printausgabe vom Di, 20.09.2011)

Wien – Welche Linie verfolgt Österreich beim Bestreben der Palästinenser nach einer Vollmitgliedschaft in der Weltorganisation? Noch ist diese Frage nicht zu beantworten. Während Deutschland mit Verweis auf den Holocaust und der besonderen Berücksichtigung der Beziehungen zu Israel auf die Unterstützung des Antrags verzichten wird, setzt Österreich auf Abwarten.

Kurz vor seinem Abflug am Montag nach New York ließ Bundespräsident Heinz Fischer ausrichten, dass eine Bewertung erst dann möglich ist, wenn der Text des Resolutionsantrages feststeht. Es gab zwar bereits ein gemeinsames Gespräch mit Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) und Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ), aber über den Inhalt wurde nichts verlautbart. Der Kanzler wird am heutigen Dienstag gemeinsam mit Vizekanzler Spindelegger zur Eröffnung der Vollversammlung reisen. Gegenüber der Tiroler Tageszeitung hielt Faymann fest: „Wir beraten uns intensiv mit unseren europäischen Partnern, um eine gemeinsame Position in dieser Frage zu erreichen. Derzeit sind die Meinungen innerhalb der EU noch unterschiedlich.“ Für Faymann ist aber klar, dass sowohl für Österreich als auch für die Europäische Union außer Frage stehe, dass „wir uns für eine dauerhafte Zweistaatenlösung einsetzen“. Daher sollten „alle Anstrengungen unternommen werden, die dazu führen, dass die Parteien die diesbezüglichen Verhandlungen wieder aufnehmen“.

Christine Muttonen, außenpolitische Sprecherin der SPÖ, glaubt, dass dieser Weg zu einer Zweistaatenlösung nur auf dem Weg des Dialogs zu erreichen sei. Ein erster Schritt hin zu einem palästinensischen Staat

„könnte ein erweiterter Beobachterstatus für die Palästinenser sein“, glaubt Muttonen. Sie verwies zudem auf die Politik des langjährigen SPÖ-Kanzlers Bruno Kreisky. Bis heute löst Österreich bei den Palästinensern eine positive Resonanz aus. Kreiskys Nahost-Politik sorgte dafür, dass Österreich als erstes westliches Land die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO als legitime Vertretung der Palästinenser anerkannt habe. Er war auch der erste westliche Regierungschef, der im Jahre 1979 den damaligen PLO-Chef Jasser Arafat offiziell empfangen hatte. Muttonen erinnert an Kreiskys politisches Erbe, wenn sie sagt: „Ich habe ein grundsätzliches Verständnis für die Anliegen der Palästinenser.“

Der ÖVP-Klub hat nach Ausscheiden von Wolfgang Schüssel aus dem Nationalrat den Posten des außenpolitischen Sprechers noch nicht nachbesetzt. Aber die ÖVP stellt den Außenminister. Michael Spindelegger verfolgt eine ähnliche Argumentation wie Faymann: Zuerst hofft er auf eine einheitliche Linie der EU: „Unser Ziel“, so führt Spindelegger weiter aus, „bleibt eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung. Jeder Schritt, der dieses Ziel näherbringt, wird von uns unterstützt. Unsere Anstrengungen müssen sich daher in erster Linie auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern richten.“ Sollten jedoch die Palästinenser auf die Abstimmung über ihre UNO-Vollmitgliedschaft pochen, könnten dies zu einer dramatischen Zuspitzung des Konflikts mit Israel führen.

Die am Mittwoch beginnende UNO-Generalversammlung sorgt indirekt auch für eine innenpolitische Pause, muss doch wegen der Reise der Regierungsspitze nach New York der Ministerrat verschoben werden.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien